

Michael Müller

**Sondervotum PG 1 –
3. 1. Phasen der Nachkriegsentwicklung**

**Im Spannungsverhältnis zwischen sozialer Marktwirtschaft und
globalem Arbitragekapitalismus**

1. *Einleitung: An einem Wendepunkt*

Anders als in der neoliberalen Denkweise müssen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Erschütterungen und Krisen nicht als vorübergehende Abweichungen eines im Grundsatz gut integrierten Marktsystems gesehen werden, sondern als Ergebnis eines sich seit Mitte der 1970er-Jahre aufbauenden Epochenbruchs. Zentrale Einschnitte kommen zusammen:

- Die Herausforderungen der unvollendeten oder fehlgeleiteten europäischen Moderne, die sich insbesondere im Wandel zum Anthropozän zeigen. Im heutigen Menschenzeitalter baut auf anthropogen veränderten Beständen auf. Die Alternative heißt zerstören oder gestalten. Eine Politik der Aufklärung, Vernunft und Verantwortung erfordert einen grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist das Projekt der sozialökologischen Transformation, damit die Tragfähigkeit der Erde nicht länger überschritten wird und es zu mehr sozialer Gerechtigkeit kommt.
- Seit der industriellen Revolution zeigt sich verstärkt die Ambivalenz bzw. Janusköpfigkeit der Moderne. Angetrieben von ökonomischen Verwertungszwängen erzeugt sie eine fortgesetzte Ausdifferenzierung, Rationalisierung, Beschleunigung und Internationalisierung, die durch eine politische Gestaltung für gesellschaftliche Ziele genutzt werden können. Doch dieser Prozess gerät an Grenzen, macht ein Umsteuern in Richtung Dezentralität, Kooperation, Ganzheitlichkeit, Entschleunigung und Kreislaufwirtschaft notwendig.

- Der Finanzkapitalismus, der vor dem Hintergrund der Globalisierung und Digitalisierung der Welt politisch möglich wurde, löste erneut eine Entbettung der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen aus. Sie kann aber heute nicht mehr durch Nationalstaat und hohes Wachstum gebändig werden, sondern muss vor dem Hintergrund offener Märkte und ökologischer Grenzen des Wachstums gesehen werden.

Diese drei Einschnitte müssen in ihren Zusammenhängen und Interdependenzen gesehen werden. Dann lassen sich nicht nur die Veränderungen klarer identifizieren, zumal das vorherrschende Verständnis einer erfolgreichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bis heute vornehmlich von der westdeutschen Nachkriegszeit geprägt ist.

Durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs kam es nach der Wirtschafts- und Währungsreform 1948 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 in den 1950er-Jahren zur sozialen Marktwirtschaft, die durch die Verbindung von wirtschaftlich-technischen Innovationsbeständen und politisch-sozialen Modernisierungen möglich wurde. Ihre Grundlagen waren die Wiederaufbauleistung, der starke Nachkriegsfordismus und ein außergewöhnlich hohes wirtschaftliches Wachstum sowie ein sozialer Korporatismus zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und eine konsensuale Orientierung auf die Mitte der Gesellschaft.

Seit Mitte der 1970er-Jahre verändern sich jedoch die Rahmenbedingungen durch innere Umbrüche und starke äußere Einwirkungen. In der Folge brachen die Konflikte zwischen Markt und sozialer Demokratie auf, die fast drei Jahrzehnte befriedigt worden waren. Hinzu wurden mit der Luftverschmutzung und der Versauerung der Gewässer die ersten ökologischen Folgen des expansiven Wachstums deutlich. Während in der westdeutschen Nachkriegszeit ein weitgehender Konsens herrschte, dass es der sozialen Bindung der Märkte bedarf und ein außergewöhnlich hohes wirtschaftliches Wachstum die endemischen Konflikte entschärfen konnte, wurde wieder deutlich, dass eine marktwirtschaftliche und eine soziale Ordnung nicht problemlos zusammenpassen.

Da wichtige Rahmensetzungen brachen weg, denn die Unzulänglichkeiten in der Weltwirtschaftsordnung von *Bretton Woods* wurden nicht reformiert, der Sozialstaat nicht krisenfest gemacht. 1973 kam es zur gänzlichen Aufkündigung des Vertrags von 1944. Die Regierungen in London und Washington brachen mit dem Wohlfahrtsstaat. Es kam zum Neoliberalismus, der sich in den Volkswirtschaften mehr oder minder durchsetzen konnte. Unter der Regie der Banken nahm die Geldpolitik einen starken Aufschwung, die keynesianische Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik geriet in die Defensive. In der Europäischen Gemeinschaft unternahmen

Deutschland und Frankreich erste Schritte für eine gemeinsame Währung, aus dem später der EURO entstand. Wirtschaftspolitik wurde immer stärker auf die Geldpolitik konzentriert.

Zudem gibt es bis heute keine durchsetzungsstarken UN-Institutionen, die weltweit eine nachhaltige Entwicklung und damit eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschafts- und Finanzordnung durchsetzen können. Je mehr der nationalstaatliche Handlungsspielraum eingeschränkt wurde und es zum Zusammenwachsen der Märkte kam, trafen reformerische Maßnahmen auf massive Widerstände und harte Ablehnung mit dem Hinweis auf den internationalen Konkurrenzdruck oder die global begrenzte Wirkung nationaler Maßnahmen. Doch internationale Institutionen wurden nicht geschaffen, sie scheiterten an den Interessen und Blockaden großer und einflussreicher Staaten. Dieser Zirkelkreis blockiert – wie beim Klimaschutz beispielhaft deutlich wird – Lösungen. Dadurch werden die Herausforderungen noch größer.

In den letzten drei Jahrzehnten haben globaler Finanzkapitalismus und Neoliberalismus die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse deutlich verschoben. Sie setzen auf den Markt und sehen den Staat als Hemmnis für Prosperität. Beide behaupten, zu einem höheren wirtschaftlichen Wachstum zu führen. Der Finanzkapitalismus geht in erster Linie von kurzfristigen Gewinnstrategien aus, der Neoliberalismus setzt den Primat des Individuums über Gesellschaft und Staat¹. Danach sind staatliche Interventionen die Ursache für Wirtschaftskrisen, weil sie die Entfaltung der Marktkräfte blockieren. Unter diesem ideologischen Dach rückten nicht nur die Kapitalmärkte ins Zentrum wirtschaftlicher Prozesse, sondern wurden auch der öffentliche Sektor, der immer wieder eine korrigierende und gemeinwirtschaftliche Rolle einnehmen muss, und sogar die Realwirtschaft, die Basis der sozialen Marktwirtschaft, in die Defensive gebracht. Vor diesem Hintergrund kam es zu einem schrittweise Wandel von der sozialen Marktwirtschaft zum globalen Arbitragekapitalismus mit mehr oder weniger weitreichenden Folgen für die einzelnen Volkswirtschaften.

Diese Entwicklung verschärfte die sozialen und politischen Konflikte zwischen den Verwertungsinteressen der Märkte und den elementaren Erfordernissen eines guten Lebens. Auch heute gilt das Fazit, das vom angesehenen britische Wirtschaftsblatt *The Economist* nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 gezogen wurde: „Das größte Problem besteht darin, dass die Erfolge auf wirtschaftlicher Ebene die Erfolge auf politischer Ebene dermaßen übertreffen, dass Wirtschaft und Politik nicht miteinander Schritt halten können. Ökonomisch ist die Welt

¹ Vordenker dieser Ideologie war Friedrich A. von Hayek. Preise und Produktion. Wien 1931. Milton Friedman (1912-2006) hat diese Ideologie im Rahmen seiner monetaristischen Theorie weiter propagiert. Diese erlangte großen Einfluss in den 1970er und 1980er-Jahren.

eine umfassende Handlungseinheit geworden, politisch ist sie zerstückelt geblieben. Die Spannung zwischen diesen beiden gegensätzlichen Entwicklungen lösen reihenweise Erschütterungen und Zusammenbrüche im gesellschaftlichen Leben aus².

Seit Ende der 1970er-Jahre nimmt die politische Steuerungsfähigkeit der Politik ab, weil

- die Globalisierung, die wirtschaftlich, politisch und auch kulturell vorangetrieben wurde, die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats für eine den Markt regulierende Politik einschränkt;
- die Wirtschaft sich von der Realwirtschaft zur Geldwirtschaft, die den Interessen der großen Investmentbanken folgt, verlagert hat;
- in allen entwickelten Industriegesellschaften die Wachstumsraten, die bisher den Gestaltungsspielraum der Politik stark bestimmen, tendenziell zurückgehen und auch die ökologischen Folgen des quantitativen Wachstums nicht zu verantworten sind.

In der *Arbitrageökonomie*, die durch den Finanzkapitalismus entstand, haben sich viele wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Zirkulationsebene verlagert, durch die Ausnutzung kurzfristiger Veränderungen der Preis- und Zinsdifferenziale sowie der Aktien- und Wechselkurse. Auf offenen, aber unfertigen oder ungleichen Märkten hat auch Sozial- und Umweltdumping zugenommen. Arbitragegeschäfte sind Käufe und Verkäufe von Waren, Geld und Kapital in einer Weise, die systematisch Preisdifferenzen im Raum und Preisveränderungen in der Zeit nutzen. *Richard Sennett* nennt das ein *Regime der kurzen Frist*³, das sich auch in der Arbeit von Rating-Agenturen und ihrer Bewertung wirtschaftlicher Prozesse zeigt. In dieser Kurzfristigkeit zählen in erster Linie die schnellen Gewinnsteigerungen, nicht aber soziale und ökologische Verantwortung..

Statt durch politische Gestaltung einen Ausgleich zwischen der Wirtschaft und kollektiven Erfordernissen wie Beschäftigungssicherung, soziale Gerechtigkeit oder ökologische Verträglichkeit zu suchen, wurde die Entwicklung der Gesellschaft – anders als unter den Bedingungen des Sozialstaates - den Interessen der Märkte, in deren vermeintliche Effizienz nicht eingegriffen werden dürfe, untergeordnet. Doch die Märkte dürfen nicht mit Allgemeinwohl gleichgesetzt werden. Dazu bedarf es politischer Gestaltung.

Doch während die Ökonomie längst internationalisiert ist, bauen Demokratie, Politik und Fortschritt überwiegend auf nationalstaatlichen Institutionen oder normativen Grundannahmen auf, die an Bedeutung verlieren. Transnationale Strukturen und Interessen sowie kom-

² Zitiert nach: Mathias Greffrath. *Der Brei vorm Paradies*. In: *Freibeuter* 74. Berlin 1997

³ Richard Sennett. *The Corrosion of Character*. New York 1998

plexe ökonomische Interdependenzen durchdringen alle Bereiche. Sie engen die nationale Handlungsfähigkeit ein. Und je effektiver die Teilsysteme werden, desto größer droht das Defizit an Rationalität und damit der Modernitätsrückstand der Gesellschaft zu werden. Dieser Prozess wurde durch den Neoliberalismus verschärft, denn er fordert nicht die Modernisierung der sozialen und ökologischen Gestaltung, sondern gerade das Gegenteil. Aber ohne die Erweiterung der Demokratie in allen Bereichen und den Aufbau einer wirksamen Governance - national, europäisch und global – wird es keine sozial-ökologische Marktwirtschaft geben.

2. *Der Umbruch begann in den 1970er-Jahren*

Mit dem *New Deal* legte 1933 Franklin D. Roosevelt die Grundlagen für den keynesianischen Wohlfahrtsstaat, der in der Nachkriegszeit die westlichen Gesellschaften geprägt hat: „*I pledge the american people a new Deal*“. Der damalige US-Präsident wollte „wirtschaftliche Freiheit sozial disziplinieren“, um Krisen zu verhindern und die Freiheit des Einzelnen in einer Weise zu erweitern, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird⁴. Solange die Weltwirtschaft wuchs, die Nationalstaaten handlungsfähig waren und die amerikanischen Finanzen stabil blieben, funktionierten das Weltwirtschaftssystem und der sozialstaatliche Keynesianismus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren auch Weltbank und IWF willkommene Institutionen, die sowohl für den Süden als auch für den zerstörten Norden der Erde wichtige Aufgaben übernahmen. In dieser Zeit gab es in den westlichen Staaten die Übereinkunft eines *demokratischen Kapitalismus*⁵. Das wirtschaftliche Wachstum kam aus der sich durch die Massenproduktion massiv entfaltenden Realwirtschaft, in der in unterschiedliche Formen – in Deutschland z. B. durch die Betriebsverfassung und die Mitbestimmung – kooperative Formen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstand.

Dieses System ging in den 1970er-Jahren zu Ende. Das System der festen Wechselkurse zeigte bereits Mitte der 1960er-Jahre größere Schwachstellen, die durch das ständig steigende Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz deutlich wurden. In vielen Ländern hatten sich hohe Dollarbestände angesammelt, welche die US-Goldreserven bei weitem überstiegen. Erste Spekulationskrisen traten auf. Als Frankreich 1971 seine Reserven in Gold eintauschen wollte, wären die USA praktisch pleite gewesen. Deshalb kündigte US-Präsident *Richard Nixon*

⁴ Conkin, P. Der New Deal – Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates. In: Narr, W. D./C. Offe. Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität. Köln 1975

⁵ Streeck, W.. Die Krisen des demokratischen Kapitalismus. In: Lettre International. Berlin. Winter 2011

die Verpflichtung auf, Dollar in Gold einzulösen („Nixon-Schock“). Die USA versuchten die Kosten des teuren Vietnamkriegs durch eine Erhöhung der Geldmenge auf andere Staaten abzuwälzen. Hinzu kamen in den 1970er-Jahren die Petrodollars aus den beiden Ölpreiskrisen. Bretton Woods brach zusammen. 1976 empfahl der Internationale Währungsfonds seinen Mitgliedern die Aufhebung der Goldbindung.

Auch die soziale Marktwirtschaft geriet in eine Krise. Sinkendes wirtschaftliches Wachstum erschwerte es, die soziale und politische Friedensformel zwischen Kapital und Arbeit aufrechtzuerhalten. Der rapide Anstieg der Inflation markierte das Ende der relativ stabilen Nachkriegszeit. Die Aufgabe fester Wechselkurse und die Dollarentwertung legten zusammen mit dem Kurswechsel hin zum Neoliberalismus die Grundlagen für den globalen Finanzkapitalismus. Der Zusammenbruch von Bretton Woods katapultierte ausgerechnet die Geldpolitik, die durch das Abkommen in kontrollierte Bahnen gelenkt werden sollte, an die Spitze der wirtschaftlichen Steuerung.

Investmentbanken gaben der Politik mehr und mehr die Richtung vor. Der Turbokapitalismus nahm seinen Anfang. Seitdem bestimmt die Erwartung kurzfristiger Gewinne die wirtschaftlichen Rahmensetzungen und Entscheidungen. In der Folge wurde das Kräfteverhältnis zwischen sozialer Demokratie und kapitalistischen Märkten verschoben, auch vorangetrieben durch eine neoliberale Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik insbesondere in Großbritannien und USA, die nicht nur national, sondern auch international eine starke Wirkung entfaltete.

Den Weg in Marktradikalismus und Finanzkapitalismus bereiteten Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre die Regierungen in London und Washington. Deregulierung, Entstaatlichung und Privatisierung sowie Sozialabbau und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte gaben dem Finanzkapitalismus die Privilegien, die in der Nachkriegszeit der Sozialstaat halbwegs begrenzt hatte. „Seit der Liberalisierung des Kapitalverkehr ist das Finanzkapital im Begriff, unsere Zukunft zu verspielen, denn es verhindert eine nachhaltige Entwicklung“⁶. Tatsächlich sind „die Theorien der Chicagoer Schule des Neoliberalismus ... in der praktischen Anwendung gegen die Weiterentwicklung des Lebens über den materiellen Wert hinaus gerichtet. Sie stehen im Widerspruch zur Evolution“⁷.

Die Rahmensetzung auf den Finanzmärkten wurde so gelockert, dass er zur Dominanz der Kapitalmärkte über Wirtschaft, Arbeit und Sozialsysteme kam⁸. Durch ihre Verselbständi-

⁶ Scherhorn, G.. Geld soll dienen, nicht herrschen. Wien 2009

⁷ Knoflacher, H. Einführung in die „Wiener Vorlesung“. Wien 2009

⁸ Harvey, D.. Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich 2007

gung verschob sich die Macht vom Produktions- zum Finanzsektor. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank wurden 1982 durch den „Washington-Konsens“ auf einen neoliberalen Kurs gezwungen. Dazu zählten Marktöffnungen, Privatisierung des öffentlichen Sektors, Kürzung von Sozialausgaben, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Verschuldung bei amerikanischen Investmentbanken und staatliche Absicherung von Rückzahlungen. Fast alle Staaten übernahmen die von Großbritannien und den USA vorgegebenen Rezepte: Verzicht auf Kontrollen der Finanzgeschäfte und Zulassung von Derivaten, Abbau von Transparenzvorschriften und Beseitigung von Risikobegrenzungen für Banken, Hedgefonds, Private Equity, Pensionsfonds und Finanzgeschäfte außerhalb der Börsen und Bankgeschäfte. Die Trennung der Bankgeschäfte wurde aufgehoben, Veräußerungen weitgehend steuerbefreit, Mehrfach- und Höchststimmrechte abgeschafft und Managervergütungen drastisch erhöht.

Den politischen Tätern der Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung, insbesondere der britischen Premierministerin *Margret Thatcher* und dem US-Präsident *Ronald Reagan* ging es nicht nur darum, die Gewerkschaften und den Sozialstaat zu schwächen, sondern auch die Stagflation ihrer Volkswirtschaften durch finanzgetriebene Wachstumsimpulse zu beenden. Die Stärkung der Finanzmärkte kam den Interessen beider Länder entgegen. Die City of London und die Wall Street wurden zu den Zentren der globalen Ökonomie. Sie profitierten von der Ausweitung der Finanzdienstleistungen - durch hochspekulative Hedge-Fonds und die Private Equity-Szene. Investmentbanken, Fonds oder Rating-Agenturen, sie alle wollten das große Rad drehen. Und das wurde politisch unterstützt.

Durch die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und des Wettbewerbs sollte das individuelle Gewinnstreben stärker belohnt werden, das sich auf Finanzveranlagung und Finanzspekulation verlagerte. Finanzinstitute und Rating-Agenturen trieben mit dem irrwitzigen Zwang zur Quartalsberichterstattung die Wirtschaft mit übersteigerten Gewinnerwartungen vor sich her. Hedgefonds und Private Equity zerlegten profitable Unternehmen. Managervergütungen wurden zu Bereicherungsorgien. Investmentbanken wendeten sich von ihrer eigentlichen Aufgabe des Finanzsektors ab, der Wirtschaft ausreichende Kredite zur Verfügung zu stellen⁹. Statt zu dienen, übernahm in der Arbitrageökonomie das Finanzkapital die Regie. Rating-Agenturen drückten dem Regime der Kurzfristigkeit nur ein goldenes Tripple A auf, wenn Unternehmen oder Staaten den Erwartungen der Märkte entsprachen.

⁹ Stratenschulte, E.. Geld als Ware. Bonn 2012

Diese fatale Entwicklung wurde weiter verschärft durch die weltweite Konkurrenz in der Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik, die sich unter den Bedingungen offener Märkte über die nationalen Grenzen hinwegsetzte. In der Globalisierung wird nicht nur dort investiert, wo ein Staat (in der Regel finanziert über Steuern) die besten Voraussetzungen in der Infrastruktur (Bildung, Forschung, Mobilität, etc.) bereitstellt, sondern zunehmend auch dort, wo Steuern und Abgaben gering sind. Zudem vergrößerten sich die Ungleichgewichte im globalen Wirtschaftskreislauf durch entweder hohe Ausfuhrüberschüsse oder zunehmende Ausfuhrdefizite. Diese Zusammenhänge werden bis heute zu wenig beachtet.

In den 1970er-Jahren begann auch die ökologische Debatte. Es kam zur Gründung der ersten Umweltministerien, die Naturschutzbewegung nahm einen starken Aufschwung, weil die Zerstörung der Landschaften, die Versauerung der Gewässer und die Verschmutzung der Luft unübersehbar wurden¹⁰. Wichtige programmatische Grundlagen wie das Verursacher- und Vorsorgeprinzip wurden geschaffen. Doch als sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte, wurde von starken Kräften versucht, die Umweltgesetzgebung zu begrenzen¹¹.

Damals wurde trotz massiver Warnungen die Tragweite des Umbruchs nicht begriffen, denn eine Ausrichtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Infrastruktur hätten nicht nur zu einer Verbesserung der Wirtschafts- und Lebensqualität geführt, sondern auch den jeweiligen Volkswirtschaften oder Unternehmen deutliche Innovations- und Wettbewerbsvorteile verschafft. Statt den Zusammenhang zu verstehen, kam es zu einem „*Jahrhundert der Ökonomie*“ (Ernst Ulrich von Weizsäcker), statt die Weichen für eine sozialökologische Transformation zu stellen.

3.

Wolfgang Streek nennt die immer neuen, aber nur unzureichenden, für eine kürzere Zeit wirksamen Maßnahmen zur Stimulierung des Wachstums, um auf die wirtschaftlichen Krisen seit Ende der 1970er-Jahre zu reagieren, „*gekaufte Zeit*“¹². Die Erfolge blieben bescheiden, die Konflikte nahmen zu. Nach der Inflationierung der Weltmärkte setzen die Regierungen immer mehr neues Geld ein, das nicht von der Realwirtschaft gedeckt war. Damit kam es zur Auszehrung künftiger Einnahmen, eng verbunden mit einer Umverteilung zu Lasten sozial schwächerer Schichten. Um die Inflation zu bekämpfen, trieb Paul Volcker über die Federal

¹⁰ Müller, E.. Innenwelt der Umweltpolitik. Opladen 1986

¹¹ FES. Umweltpolitik und Wettbewerbsfähigkeit. Berlin 2001

¹² Streek, W. Gekaufte Zeit. Berlin 2013

Reserve Bank die Zinssätze in eine beispiellose Höhe. Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau an. In den USA pumpete Reagan, der die eigene Wirtschaft mit einem *schmutzigen Keynesianismus* ankurbelte, zwar gewaltige öffentliche Mittel in den Rüstungssektor, doch insgesamt rückten die Geldpolitik und Neoliberalismus ins Zentrum der Politik. In Großbritannien kam es zu einer *Deindustrialisierung*, verbunden mit massiven Angriffen auf die Gewerkschaften. Aber auch in anderen Ländern verlagerten Unternehmen große Teile der Industrieproduktion, aber auch von Dienstleistungen in „Niedriglohnländer“.

Die *Krise der öffentlichen Finanzen* begann. Wie die erste Phase der Wachstumsstimulierung durch höhere Inflation, ließ sich auch die zweite Phase der Verschuldung aus der Defizitfinanzierung in den 1980er-Jahren nicht endlos fortsetzen. Wenn die Einnahmeseite nicht stabil ist und es bei wirtschaftlichem Prosperität nicht zum Abbau der Verschuldung kommt, ist selbst bei niedrigen Zinssätzen eine kritische Schwelle bald erreicht. Bei steigender Schuldenlast muss dann ein wachsender Anteil der Einnahmen für den Schuldendienst eingesetzt werden. Unterstützt von internationalen Organisationen wie OECD und IWF machen die Finanzmärkte starken Druck, ihre Interessen durchzusetzen, d. h. die Staatshaushalte zu konsolidieren, Sozialausgaben zu kürzen und sich den neoliberalen Konzepten der Deregulierung und Steuersenkung anzupassen, aus der auch ein Wettlauf um Steuerentlastungen wurde.

In den 1990er-Jahren kam es vor allem in den USA zu der dritten Phase: einem *Anstieg der privaten Verschuldung*, ein fragwürdiger „*privatisierter Keynesianismus*“, der praktisch die öffentliche durch eine private Verschuldung ersetzte¹³. Dafür wurde von US-Präsidenten *Bill Clinton* die Deregulierung des Finanzsektors vorangetrieben¹⁴, um dem „doppelten Defizit“ zu begegnen: das der öffentlichen Haushalte und das des Landes im Außenhandel. Dabei hatte Clinton anfangs andere Pläne. Er wollte durch Sozialreformen und öffentliche Investitionen in die Bildung das wirtschaftliche Wachstum stärken und zu Haushaltskonsolidierungen kommen. Doch die neue Mehrheit der Republikaner bei den Zwischenwahlen 1994 im Kongress verstellte diesen Weg. Es kam zu tiefen Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben.

Vor diesem Hintergrund setzte Clinton auf eine weitergehende Deregulierung des Finanzsektors und eine massive Ausweitung der Geldmenge. Die US-Zentralbank pumpete viel Geld in die Wirtschaft und hielt die Zinsen niedrig. Dadurch wurde Kapital gleichsam aus dem Nichts gebildet. Diese Politik hatte für eine kurze Zeit vor allem in den USA viele Nutznießer durch beispiellose Gelegenheiten für Bürger und Unternehmen, sich zu verschulden. Kaum durchschaubare Finanzprodukte wurden erfunden, die Risiken durch immer neues Geld und gewag-

¹³ Crouch, C.. *Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime*. London 2009

¹⁴ Stiglitz, J.. *Die Roaring Nineties. Der entzauberte Boom*. Berlin 2004

te, höchst komplizierte Derivateversicherungen „verdünnt“, die auf wenigen mathematischen Abschätzungsmodellen basieren, die angeblich das Risiko ermitteln sollen.

Viele Kredite wurden aus Gewinnen finanziert, die erst erwartet werden, aber noch nicht realisiert sind und deshalb mit aller Macht realisiert werden sollen. *Erwartungen wurden zur zentrale Größe*. Wie sie eingelöst werden, das diktierten die Finanzinstitute. *Strukturierte Finanzdienstleistungen*, so hieß das Zauberwort, für das Kontrollen beseitigt und Risiken verdrängt wurden. Die rasch wachsende Ungleichheit der Einkommen sollte durch beispiellose neue Gelegenheiten „ausgeglichen“ werden, sich verschulden zu können. Die finanzielle Liberalisierung sollte einen Ausgleich für die fiskalische Konsolidierung und die staatliche Sparpolitik liefern. Statt dass der Staat ordentliche Wohnungen baut oder den Zugang zur Bildung verbessert, wurden die Bürgerinnen und Bürger ermuntert, sich zu verschulden und Risiken einzugehen. Individuelle Verschuldung ersetzte die staatliche Verschuldung, die individuelle Nachfrage wurde von den Finanzinstituten gegen hohe Gebühren befriedigt, die an die Stelle der öffentlichen, solidarischen Systeme traten.

Die extrem niedrigen Zinssätze, die nach 2001 eine Rezession verhindern sollten, verstärkten die Dynamik der Geldpolitik. Immer mehr Geld wurde in den Kreislauf gepumpt. Die Krise erreichte nach Inflation, staatlichen Defiziten und privater Verschuldung eine neue Phase. Die Subprime-Hypotheken, die den Mittelschichten und auch einigen ärmeren Schichten eine Zeitlang die Möglichkeit eröffnet hatten, mehr Wohlstand zu erreichen, wurden zu einem illusorischen Ersatz für eine gestaltende Politik, die verlässliche Sozialleistungen bereitstellt und die unteren Einkommensbezieher an Lohsteigerungen teilhaben lässt.

2008 stürzte die Geldpyramide ein, auf der die Konjunktur aufgebaut war. Um einen massiven Einbruch der Realwirtschaft zu verhindern, kam es mit den umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen zu einem dramatischen Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Kein Staat wagte es nach der Lehman-Pleite, den Banken Hilfe zu verweigern und eine Wirtschaftskrise wie die große Depression von 1929 zu riskieren. Die öffentliche Hand übernahm einen erheblichen Teil der neuen Schulden, die im privaten Sektor entstanden waren. Gleichwohl begannen die Finanzinstitute die verschuldeten Staaten unter Einspardruck zu setzen, damit ihre Anlagen in Staatsschulden nicht verloren gehen.

Im Vergleich zu anderen EU-Staaten waren Konjunktur und Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt weniger betroffen. Dennoch brach die Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Krisenjahr 2009 um 4,7 Prozent ein, während die Schuldenstandsquote

als Anteil vom BIP von 66,7 im Jahr 2008 auf 81,2 Prozent in 2011 hochschnellte¹⁵. Der Konflikt zwischen demokratischen Nationalstaaten und den Interessen der Finanzinvestoren, die durch öffentliche Hilfen gerettet wurden, spitzt sich zu, wie nicht zuletzt die Eurokrise zeigt. Dazu gehört auch, dass die Finanzmärkte von verschiedenen Staaten unterschiedliche Zinssätze fordern und damit unterschiedlich starken Druck auf Regierungen ausüben, Ausgabenkürzungen durchzusetzen. Geringfügige Erhöhungen des Zinssatzes auf Staatsanleihen können aber enorme soziale und ökonomische Folgen haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in der Europäischen Union, besonders in der Eurozone zu sehen, in der die französische Regierung aus sozialen Gründen stärker auf öffentlich finanzierte Wachstumsprogramme setzt, in der Hoffnung die künftige Konsolidierung durch eine höhere Prosperität, während die deutsche Bundesregierung eine Austeritätspolitik verfolgt, die vor allem für Südeuropa mit harten Einschnitten verbunden ist. Die Konflikte nehmen zu.

Seit Ende der außergewöhnlich hohen Wachstumsphase hat sich das Spannungsverhältnis zwischen Markt und Demokratie zulasten der Demokratie verschoben. Die sozialen Konflikte wurden auf die Politik verlagert, die reagiert hat, ohne die Fehlentwicklungen wirklich anzugehen. Die Symptome wurden bekämpft, nicht die systemischen Ursachen. In allen Staaten (außer vielleicht China) ist die politische Steuerbarkeit des Kapitalismus stark zurückgegangen. Die Risiken und Gefahren sind gewachsen. In fast allen Gesellschaften gibt es eine Legitimationskrise der Politik. Mehr denn je wurde wirtschaftliche Macht zu politischer Macht.

4. *Vom Reformstau zur Agenda 2010*

In Deutschland ergaben sich in den 1990er-Jahren Besonderheiten durch die deutsche Einheit und den hohen Reformstau der konservativ-liberalen Bundesregierung. Zudem ist unser Land auch durch den hohen Exportanteil in einer Sonderrolle. Nach dem kurzen Einigungsboom galt Deutschland als „kranker Mann“ Europas, wie 1999 das Wochenblatt „The Economist“ Deutschland beschrieb. Das Wirtschaftswachstum war schwach und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft deutlich gesunken. Es entstand eine wachsende Sockelarbeitslosigkeit und Ausbildungsnot. Zudem verstärkte die zunehmende Wissensorientierung in der Wertschöpfung den Druck auf die Arbeitnehmer mit geringerer Qualifikation. In der Öffentlichkeit machte sich eine „Standortdebatte“ breit, die sich an den weltweit vorherrschenden

¹⁵ Eurostat. Brüssel 2012

neoliberalen Konzepten orientierte. In dieser Situation platzte der Skandal um die Vermittlungszahlen der damaligen *Bundesanstalt für Arbeit*.

Andererseits hat Westdeutschland durch die soziale Marktwirtschaft und von 1966 bis 1977 durch die „*Konzertierte Aktion*“ (KA) eine Nachkriegstradition der Sozialpartnerschaft vorzuweisen, die tief in der Gesellschaft und in fast allen Parteien verankert ist. So hat die *Agenda 2010* eine Vorgeschichte, die in der Verschlechterung der sozialen Kooperation, aber auch in dem hoch gehaltenen Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt¹⁶.

Während die soziale Marktwirtschaft der Grundstimmung der Nachkriegszeit entsprach, wurde die KA auf der Grundlage des von *Karl Schiller* geschaffenen Stabilitätsgesetzes 1966 institutionell eingesetzt. Nicht nur die Teilnehmerzahl, auch die Themen wurden ständig erweitert. Als die Arbeitgeberverbände beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue Mitbestimmungsgesetz Klage einreichten, kündigten die Gewerkschaften in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre ihre Mitarbeit auf.

Aber auch zwischen Politik und Gewerkschaften vergrößerte sich Ende der 1970er-Jahre die Distanz, als angesichts des Anstiegs der öffentlichen Verschuldung die keynesianische Politik nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland an Bedeutung verlor. Nach dem Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt, das von dem Koalitionspartner FDP mit der Notwendigkeit eines Umbaus in der Wirtschaftspolitik und von Kürzungen in der Sozialpolitik begründet wurde, kam es 1982 zum Regierungswechsel. Bundeskanzler *Helmut Kohl* (CDU) sprach in seiner Regierungserklärung von einer „geistig-moralischen Herausforderung“¹⁷. Eine Wende, die er bereits im Bundestagswahlkampf 1980 angekündigt hatte¹⁸.

In den folgenden Jahren pendelte die Politik der Regierung Kohl gegenüber den Gewerkschaften, die zunehmend in die Defensive gerieten, zwischen Konfrontation und Kooperation. Um neue Bedeutung zu bekommen, forderte deshalb im Herbst 1995 der damalige IG Metall-Vorsitzende *Klaus Zwickel* zur Schaffung von Arbeitsplätzen ein „*Bündnis für Arbeit*“, in dessen Zentrum „Lohnzurückhaltung und untertarifliche Einstiegsgehälter gegen Arbeitsplätze und Stopp des Sozialabbaus“ stehen sollten¹⁹. Dieser allerdings auch in den Gewerkschaften nicht unumstrittene Vorstoß eines „tripartistischen Beschäftigungspakts“ wurde 1996 in einer Kanzlerrunde aufgegriffen, es kam zum „*Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung*“, das jedoch nach einigen Verhandlungsrunden von den Gewerkschaften aufgekündigt wurde.

¹⁶ Wolf, M. Von der Konzertierten Aktion zum Bündnis für Arbeit. Berlin 2000

¹⁷ Regierungserklärung. Bonn 1983

¹⁸ Korte, K.-R. (Hg.). Das Wort hat der Bundeskanzler. Wiesbaden 2002

¹⁹ DGB. Der Weg zum ersten Bündnis für Arbeit, www.dgb.de

Die 1990er-Jahre blieben ein Jahrzehnt des Reformstaus, ein „verlorenes Jahrzehnt“. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verfolgte eine Politik, die den zentralen Zielen der Gewerkschaften widersprach. Unüberbrückbare Unterschiede taten sich auf, das Bündnis scheiterte. Die IG Metall zog daraus eine doppelte Konsequenz: Zum einen das Ende der „tarifpolitischen Bescheidenheit“, zum anderen die Forderung nach einem „Politikwechsel“²⁰.

Nach der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 sollte der Reformstau beendet werden. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde eine „*Bündnis für Arbeit*“ eingerichtet, der stellvertretende IG Metall-Vorsitzende *Walter Riester* wurde Bundesarbeitsminister. Die Absicht war, einen Gegenentwurf zur Arbeitsmarktpolitik nach angelsächsischem Muster zu entwerfen. Doch die Bemühungen gerieten schnell an Grenzen, zumal sich ab 1999 die politischen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung einschränkten. Die Voraussetzungen für eine sozial-korporatistische Politik verschlechterten sich, zumal Unterschiede zwischen den Regierungsparteien und den Gewerkschaften deutlich wurden.

Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung sollte das zentrale Reformprojekt der rot-grünen Bundesregierung werden, um mit Hilfe der Sozialpartner die Arbeitsmarktlage deutlich zu verbessern. Im Dezember 1998 verständigten sich die Beteiligten auf einen Handlungskatalog. Im Zentrum standen die Senkung der Lohnnebenkosten, Strukturreformen in der Sozialversicherung, eine Beschäftigung fördernde Arbeitsverteilung und flexible Arbeitszeiten, die Umsetzung einer Unternehmenssteuerreform, der Abbau struktureller Hemmnisse für das Wachstum von Unternehmen, bessere Voraussetzungen für Innovationen sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ein Ausbildungskonsens.

Zur Beratung des Bündnisses wurde ein wissenschaftliches Benchmarking eingerichtet. Der Bericht „*Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung*“²¹, der als eine von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie in der Wissenschaft anerkannte Datenbasis zum Wirtschafts- und Sozialstandort Deutschland konzipiert war, wurde erstmals zur Grundlage gemacht. Darin wurden zahlreiche vergleichende Indikatoren für eine Bewertung herangezogen. Ein eigenständiges Reformprogramm fehlte, dass auf den historischen und sozialen Traditionen unseres Landes aufbaute.

Im Vergleich von 19 Industriestaaten schnitt Deutschland bei der breiten industriellen Basis, der qualifizierten Arbeitnehmerschaft, der guten Infrastruktur und weltweit konkurrenzfähigen Produkten und Dienstleistungen gut, aber in einer Vielzahl von Bereichen schlecht ab.

²⁰ Wilke, M.. Das Bündnis für Arbeit. Berlin 1999

²¹ Bertelsmann Stiftung. Benchmarking Deutschland. Bielefeld 2001

Die Beschäftigungsquote lag im hinteren Feld, vor allem fehlten Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Kritisch wurde herausgestellt, dass der Anteil der Geringqualifizierten und älteren Arbeitskräfte, die nicht im Arbeitsmarkt integriert waren, weiter anstieg. Der Bericht stellte die sozialstaatlichen Arrangements auf dem Arbeitsmarkt als Hemmnis für eine dienstleistungsbezogene Volkswirtschaft heraus durch Fehlanreize im Steuer- und Transfersystem, Regulierungsintensität am Arbeitsmarkt, unzureichende Vermittlungskompetenz der Arbeitsverwaltung und Defizite im Bildungswesen. Zudem wurden die hohen Belastungen des Faktors Arbeit und zu geringe öffentliche Investitionen herausgestellt²².

Das Benchmarking wurde stark beeinflusst von der in den OECD-Staaten vorherrschenden wirtschafts- und finanzpolitischen Linie. Statt die tiefer liegenden Triebkräfte für die zunehmenden Ungleichheiten - z. B. den sich ausbreitenden Finanzkapitalismus oder die Pfadabhängigkeit vom wirtschaftlichen Wachstum - herauszustellen, wurden überwiegend „hausgemachte Ursachen“ gesehen²³. Aus dem Bündnis für Arbeit und Ausbildung entwickelte sich mehr und mehr ein Bündnis für globale Wettbewerbsfähigkeit, das über Arbeitsmarkt- und Ausbildungsfragen weit hinausging. Damit verfestigten sich erneut Blockaden zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Wesentliche Entscheidungen fielen außerhalb des Bündnisses.

Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich durch steigende Ölpreise, dem Platzen der New Economy-Blase und der weltweiten Verunsicherung z. B. durch die Terroranschläge von 2001. Die Bundesregierung musste handeln. Das Benchmarking wurde, auch wenn es nicht zu einer gemeinsamen Situationseinschätzung kam, zu einer wichtigen Weichenstellung für die Agenda 2010, die im März 2003 mit einer Regierungserklärung von Gerhard Schröder eingeleitet wurde: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen. Eigenverantwortung fordern und mehr Eigenleistungen abfordern müssen“²⁴.

Als Grundlage diente eine angebotsökonomische Strategie in der Erwartung, dass damit die Anreize für Investitionen erhöht und neue Arbeitsplätze entstehen würden. Neben zahlreichen Maßnahmen wie die Zusammenführung und Neuordnung von Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung, die Änderung der Handwerksordnung, die Erhöhung der Bafög-Leistungen oder das 4 Milliarden Euro-Programm zur Förderung von Ganztagschulen standen vor allem Kürzungen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Zentrum der Agenda 2010. Von Anfang

²² Bertelsmann-Stiftung. Bericht der Arbeitsgruppe benchmarking. Bielefeld 2001. Vorher schon: Streek, W./Heinze R. G.. Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs. In: H. J. Arlt/S. Nehls (Hg). Bündnis für Arbeit Opladen 1999

²³ Typisch für die Debatte: Hüther, M.. Die Agenda 2010: Eine wirtschaftspolitische Bilanz. Bonn 2005

²⁴ Regierungserklärung Agenda 2010. 14. März 2003. Berlin 2003

an gab es Streit, ob diese Maßnahmen dem Grundsatz „fördern und fordern“ folgen oder nur die Zumutbarkeitsanforderungen massiv gesenkt werden sollen, um den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen.

Die Agenda 2010 folgte keinem umfassenden politischen Konzept, sondern entstand angesichts des hohen Reformbedarfs unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen und dem Druck einseitiger neoliberaler Erwartungen in der öffentlichen Medienbegleitung. Sie war ein politischer Aushandlungsprozess, der begrenzte Möglichkeiten hatte. Im Vermittlungsausschuss gingen die Kontroversen nicht nur zwischen der rot-grünen Mehrheit im Bundestag und der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat, sondern auch quer durch beide Seiten. So wurden beispielsweise die verschärften Regelungen zur Zumutbarkeit der Arbeitsangebote gegen die Vertreter der SPD - Bundtagsfraktion durchgesetzt, die die „Schreiner-Klauseln“ verteidigten. Auch in der CDU/CSU gab es erhebliche Kontroversen sowohl in den Fraktionen als auch mit und zwischen den von ihnen geführten Bundesländern.

Verschiedene Evaluationen bescheinigen der Agenda 2010 einen positiven Effekt für mehr Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Beschäftigungsschwelle sank von zwei auf ein Prozent Wachstum, die Langzeitarbeitslosigkeit sogar außergewöhnlich, insbesondere bei jungen wie älteren Erwerbspersonen²⁵. Inzwischen sind 41 Millionen Menschen erwerbstätig, eine besonders deutliche Steigerung gab es bei älteren Arbeitskräften. Selbst in der schweren Krise von 2008/2009 stieg die Arbeitslosenquote kaum an²⁶. Vom „deutschen Jobwunder“ ist die Rede.

Dagegen hat sich seit der Agenda 2010 die soziale Schieflage durch die Verschiebungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors verstärkt. Die sogenannte atypische Beschäftigung gehört zu den negativen Seiten. Zusammen mit dem boomenden Billiglohnsektor hat dies unmittelbare Folgen für die Kaufkraft und Binnennachfrage und mittelfristig für die soziale Sicherheit. Es droht eine noch tiefere Spaltung des Arbeitsmarkts,

Die Lohnzurückhaltung erhöhte den Leistungsbilanzüberschuss durch einen doppelten Effekt: Die schwache Binnennachfrage dämpfte die Importe und die niedrigen Löhne erhöhten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Umstritten ist, ob die heutige wirtschaftliche Stärke Deutschlands mit der Agenda 2010 begründet werden kann. Von zentraler Bedeutung war auf jeden Fall, dass es anders als in anderen Ländern in Deutschland nicht zu einer

²⁵ Z. B. Brenke, K./K. F. Zimmermann. Fünf Jahre Agenda 2010. Berlin 2008 oder Blum, U. et al.. Agenda 2010 – eine Zwischenbilanz. In: Wirtschaftsdienst 88. Jahrgang

²⁶ IAB. Handbuch Arbeitsmarkt 2013. Nürnberg

Deindustrialisierung gekommen ist, sondern der technologische Wertschöpfungsanteil und der Eigenkapitalanteil in der mittelständischen Wirtschaft gestärkt wurden. Wichtig war die Ausweitung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf zwei Jahre.

Betrachtet man die Gruppe der OECD-Länder, so hat die Ungleichheit in 17 von 22 Staaten seit Mitte der 1980er-Jahre zugenommen²⁷. Der behauptete Konflikt zwischen gleichen, aber sozial immobilen Gesellschaften einerseits und ungleichen Gesellschaften, die für einige den sozialen Aufstieg ermöglichen, lässt sich empirisch nicht nachweisen²⁸. Im Gegenteil: Egalitärere Gesellschaften haben ein höheres Maß an sozialer Durchlässigkeit, weil sie aktiv an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mitwirken²⁹. Doch trotz Arbeitsverdichtung und steigender Arbeitsproduktivität stagnieren die Realeinkommen. Die gesellschaftlich akzeptierte Norm der Leistungsgerechtigkeit wird nicht mehr eingelöst. Der Widerspruch von Gerechtigkeitsversprechen und materieller Ungleichheit kann zur Krise der Demokratie werden.

Die Agenda 2010 ist nicht zuletzt die Folge von Reformversäumnissen, aber auch der unzureichenden Konkretisierung und Durchsetzung einer sozialökologischen Transformation, die eine Alternative hätte ein können. Deutschland hat sich den Herausforderungen der Globalisierung in einem Benchmarking gestellt, aber weniger die eigene Tradition erneuert und erweitert. Die wichtigste Lehre aus der letzten beiden Jahrzehnten ist, dass die Politik sehr viel stärker eine gestaltende Rolle einnehmen muss, statt erst auf Krisen zu reagieren.

4. Die grüne Wirtschaft als Baustein der sozialökologischen Transformation

Die Herausforderungen unserer Zeit machen zur alltäglichen Wirklichkeit, was Aurelio Peccei bereits Ende der 1960er-Jahre bei der Gründung des Club of Rome prophezeit hat: „Wir sind die Bürger einer *Welt voller Unruhe*, in der wir zu begreifen suchen, wohin es uns treibt und wie die Welt aussehen muss, die wir auch unseren Nachfahren hinterlassen können“³⁰.

Was wir heute erleben, geht über die bekannten Krisen der letzten Jahrzehnte hinaus. Es ist das Ende einer Epoche. Wir erleben die Geburtsschmerzen einer neuen Ära, die vornehmlich von ökologischen Herausforderungen geprägt sein wird und deren Chancen deshalb in der Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft liegen. Deutschland hat hier Chancen,

²⁷ OECD. *Divided we stand: Why Inequality keeps rising*. Paris 2011

²⁸ OECD. *Growing unequal? Income Distribution in OECD Countries*. Paris 2008

²⁹ Wilkinson, R./K. Pickett. *Gleichheit ist Glück*. Frankfurt am Main 2010

³⁰ Peccei. A.. *The chasm ahead*. New York 1969

die aber nicht hinreichend für die Ökologisierung der Wirtschaft genutzt werden. Sie wurden auch nach der Finanzkrise 2008 nicht für die Stabilisierung Deutschlands und der EU genutzt – zum Beispiel durch ein umfassendes Strukturprogramm für eine green economy.

Die wichtigste Erkenntnis ist: Wir sind im Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine andere. Der wird aber nur erfolgreich möglich werden, wenn die wichtigen Ideen der europäischen Moderne, also das Projekt der sozialen Emanzipation, mit den neuen, vor allem den ökologischen Herausforderungen verbunden werden, zumal der Umbau auch die Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen wieder in aller Schärfe stellen.

Deshalb darf die Green Economy keine Ergänzung der bisherigen Wirtschaftsform sein, sondern muss alle Bereiche der Nachhaltigkeit und ihrer Prinzipien Effizienz, Suffizienz und Konsistenz erfassen. Es geht nicht um ein sowohl als auch, sondern um ein entweder – oder. Entweder eine perspektivloses Weiter so oder eine sozialökologische Transformation. Die Green Economy muss nachhaltig sein und gegen altes Denken und starke Interessen durchgesetzt werden. Entscheidend ist das Innovationsverständnis. Dabei geht nicht nur um einzelne technische oder ökonomische Innovationen, sondern um einen grundlegenden Modernisierungsprozess in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, der vom Bildungssystem über die staatlichen Institutionen bis zu einer Finanzreform reichen. Dann werden Nachhaltigkeit und Green Economy konkret gefüllt, eine “Ökonomie des Vermeidens” wird möglich³¹.

Nur die Unternehmen, Volkswirtschaften und Gesellschaften, die bei einer hohen Energie-, Material- und Rohstoffeffizienz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien vorangehen, werden künftig Wettbewerbsvorteile erzielen. Der *grüne New Deal* im Sinne einer Neuausteilung der Karten schützt nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, er lohnt sich auch für Infrastruktur, Beschäftigung und Wertschöpfung, ebenso für mehr Freiheit und Gerechtigkeit. Die OECD nennt folgende Impulse für die Nachhaltigkeit aus einer Green Economy³²:

- *Ressourcen- und Energieproduktivität*: die Senkung von Produktionskosten durch effizientere Ressourcennutzung (Recycling, Energieeffizienz, etc.);
- *Innovation*: Politisch induzierte technologische Möglichkeiten der ökologischen Verträglichkeit, die auch ökonomische Vorteile und Wettbewerbschancen bieten;
- *Neue Märkte*: Stimulierung der Nachfrage nach ökologisch vorteilhaften Technologien, die zusätzliche Beschäftigung schaffen;

³¹ Müller, M./ P. Hennicke. Wohlstand durch Vermeiden. Darmstadt 1995

³² OECD. Green Growth. Paris 2011

- *Schrumpfung Natur schädlicher Sektoren und Produkte*: die Beendigung der fossilen Wirtschaftsformen;
- *Vertrauen*: Erhöhte Kalkulierbarkeit für umweltfreundliche Investitionen, z. B. durch langfristige Zielvorgaben mit breiter gesellschaftlicher Zustimmung;
- *Stabilität*: eine weniger volatile Entwicklung bei den Ressourcenkosten, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Besteuerung des Umweltverbrauchs etc..

Richtig verstanden, hat die Leitidee der Nachhaltigkeit weitreichende systemische und strukturelle Konsequenzen. Sie öffnet „*Zukunftsfenster*“, das weiter geöffnet werden kann; sie fördert Vielfalt und Innovationen, erfordert mehr Dezentralität und Subsidiarität, verlangt eine Ausweitung von Demokratie, Verantwortungsbewusstsein und Teilhabe, erweitert die Zukunftsoptionen. Der Treiber für diesen Umbau ist ein grundsätzlich neues Verständnis von zeitlicher Verantwortung als das heute vorherrschende Regime der kurzen Frist³³, das sich mit dem globalen Finanzkapitalismus durchsetzen konnte. Die Beendigung der Kurzfristigkeit und die Ausrichtung auf längerfristige Perspektiven ermöglichen einen dauerhaften Ausgleich zwischen technisch-ökonomischer Dynamik und gesellschaftlichen Interessen. Von daher ist *Nachhaltigkeit in erster Linie Zeitpolitik*.

Zudem steht - wie die anderen großen UN-Berichte auch - der Bericht *Unsere Gemeinsame Zukunft*, der die Nachhaltigkeit als Leitlinie für das 21. Jahrhundert formuliert, unter dem Gedanken der *Gemeinsamkeit*. Sie wird als Voraussetzung gesehen, dass es zu mehr Demokratie und Gestaltung, Kooperation und Partnerschaft kommt. In der zusammenwachsenden Welt nimmt der Zwang zur Zusammenarbeit zu – für die Neuordnung der Finanzmärkte und Reform der Wirtschaft genauso wie für den Schutz der natürlichen Ressourcen und die Verhinderung einer Klimakatastrophe. Zu den großen Gemeinschaftsaufgaben gehören auch die Überwindung des Hungers und der Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich. Deshalb gehört sustainable development³⁴ oder Nachhaltigkeit ins Zentrum des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns. Daraus ergeben sich vorrangig vier Handlungsschwerpunkte:

- ein *wirksames Regelwerk für ein Finanzsystem*, das wirtschaftliche Innovationen sichert, den Absturz des Mittelstands verhindert und die Nachfrage auch bei unteren Einkommensempfängern stärkt;

³³ Dörre, Klaus. Das Regime der flexiblen Zeit. In: Widerspruch 36. Zürich 1998

³⁴ Hauff, V.. Unsere Gemeinsame Zukunft. Greven 1987

- ein *grüner New Deal*, in dessen Zentrum eine Energiewende, eine ökologische Kreislaufwirtschaft und ein Programm für Arbeit und Umwelt stehen;
- ein *neues Bretton Woods*, bei dem die Europäische Union zum Motor einer sozialökologischen Neuordnung der Weltwirtschafts- und Weltfinanzordnung werden kann;
- die *Erweiterung der Demokratie* in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft und in der internationalen Zusammenarbeit, besonders in der Europäischen Union.

Nachhaltigkeit gibt die Zukunft zurück. Nach dem Zusammenbruch der zweigeteilten Welt ist sie das wichtigste Konzept, das den Globalisierungsschüben gerecht wird. In vielen Industriegesellschaften zeigt sich die Tendenz eines Rückgangs der Wachstumsraten. Die Konsequenz daraus kann nicht das Festhalten an einer illusionären Politik sein, die Wachstum über alles stellt, sondern eine sozial-ökologische Transformation.